

Ansprache von Herrn Dr. Klaus H. Scheufelen, Vorsitzter des Gründerkreises des Wirtschaftsrats der CDU e.V., auf der konstituierenden Mitgliederversammlung am 9. Dezember 1963 in Bonn.

Meine Damen und Herren

Im Namen des Gründerkreises begrüße ich Sie auf unserer heutigen konstituierenden Mitgliederversammlung und gebe meiner Freude Ausdruck, daß Sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind. Ihr Interesse beweist mir, wie sehr die Initiative, die wir vom Gründerkreis ergriffen haben, im richtigen Augenblick gekommen ist. Es ist heute mehr denn je notwendig, die unternehmerische Wirtschaft zu einer politischen Willensbildung zusammenzufassen und ihre Belange stärker bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck zu bringen. Lassen Sie mich, bevor wir auf die vereinsinternen Dinge kommen, einige grundsätzliche Ausführungen machen, die deswegen so wichtig sind, weil sie mit zu den Gründen gehören, die das Parteipräsidium der CDU und uns zu dieser Gründung veranlaßten.

Eine gute Wirtschaftspolitik ist nur möglich, wenn sie von einer echten Ordnungsvorstellung ausgeht, an der man sich in kritischen Situationen orientieren kann. Bundeskanzler Erhard hat nicht nur in wirtschaftlichen Kategorien gedacht, sondern er hat auch die politische Wirklichkeit immer wieder vom Standpunkt einer Ordnungsvorstellung aus betrachtet. Wir freuen uns in dem jetzigen Wirtschaftsminister einen Mann derselben Konzeption zu haben. Eine solche Konstellation bedingt - und ich beziehe mich jetzt auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers - daß die Wirtschaftspolitik nicht mehr vom Kampf der Interessentenverbände mit jeweiligen Sonderwünschen bestimmt sein kann. Entscheidend ist eine Gesamtschau, die im Rahmen der Möglichkeiten, aber nur in diesem Rahmen, einzelne Interessen berücksichtigt. Daraus resultiert die Notwendigkeit der Gründung des Wirtschaftsrats der CDU, nämlich:

- 2 -

- 1) Unsere freie Wettbewerbswirtschaft wird im wesentlichen von der Initiative des **Unternehmers** bestimmt. Ohne diese Tätigkeit wäre darüber hinaus unser freiheitliches Staatssystem gefährdet. Wir wollen aus diesem Grunde den Unternehmer näher an die Politik heranzuführen. Dazu bietet sich unser Wirtschaftsrat an, der durch die direkte Mitgliedschaft von Unternehmerpersönlichkeiten aus allen Bereichen der Wirtschaft - kleinen, mittleren und großen Unternehmen - Industrie, Handel, Handwerk, Verkehr, Banken und Versicherungen eine solche Gesamtschau ermöglicht, die ihn über die Detailfragen des Alltags hinaushebt und die große Linie der Wirtschaftspolitik mitgestalten kann.
- 2) Die CDU hat führend und verantwortlich die Politik der Bundesregierung geleitet. Ihr ist in aller erster Linie der Wiederaufstieg nach dem Zusammenbruch zu verdanken. Wir wissen aber von der Dynamik des Lebens und der Entwicklung, die auch für eine Partei gilt. Unser Verein soll mithelfen, das wirtschaftspolitische Gedankengut der CDU zu befruchten. Wir wollen die Partei und ihre Ausschüsse und Gremien beraten und unseren Teil beitragen zu einer demokratischen Willensbildung innerhalb der CDU.
- 3) Wir wollen uns mit Nichtunternehmern und deren Organisationen und Vereinigungen innerhalb der CDU an einen Tisch setzen. Dann werden wir zu gemeinsamen Beschlüssen kommen und Wege finden, die zum Besten des Ganzen sind.

Dieses Arbeitskonzept des Wirtschaftsrats ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil die deutsche Wirtschaftspolitik in einer Phase des Strukturwandels steht. War es nämlich in den letzten 15 Jahren primär die binnenwirtschaftliche Entwicklung, die Tempo und Maß bestimmten, so erfahren wir tagtäglich, daß diese Maßstäbe für den immer mehr Wirklichkeit werdenden Gemeinsamen Markt nicht ausreichen. Das bedeutet aber weitere Arbeitsteilung und die Notwendigkeit grösserer Einheiten. Wie in der Landwirtschaft sind jetzt die kleinen Einheiten besonders gefährdet. Deshalb begrüßen wir, daß die Kooperation zugestanden ist, damit auch die Klein- und Mittelbetriebe die Möglichkeit der Zusammenarbeit haben. Bei den

- 3 -

großen Unternehmen haben wir den Konzentrationsprozeß in den vergangenen Jahren erlebt. Aber auch hier zeigt sich - analog den zwanziger Jahren - eine gewisse Neubesinnung. Der harte Wettbewerb zwingt zum Abstoßen der nicht mehr rentablen Teile, zur Konsolidierung, zur vernünftigen Ordnung.

Ich sprach vorher von dem Strukturwandel, in dem wir uns befinden und der einzelnen Bereichen unserer Wirtschaft Besorgnis bringt. Das kann aber nicht dazu führen, daß wir wegen Einzelproblemen den Boden der sozialen Marktwirtschaft verlassen. Man vergißt oft, daß es nur die freie Wettbewerbswirtschaft war, die uns zum Aufstieg führte. Man bekennt sich wohl zur sozialen Marktwirtschaft, aber nur weil man über die Erfolge nicht hinwegsehen kann. Wie Sie wissen, muß es heute auch die SPD tun, sogar große Teile der Gewerkschaften, trotz innerliche Vorbehalte zu den Grundsätzen des Wettbewerbs und des freien Marktes. Aber trotzdem kommt es vor, daß man bei jeder kleinen Schwankung in einem Wirtschaftsbe- reich sofort nach staatlicher Hilfe oder Planifikation ruft. In unserer sozialen Marktwirtschaft, und daß muß immer betont werden, kann der Staat nur mit den klassischen Mitteln der Wirtschaftspoli- tik eingreifen. Wir müssen den staatlichen Organisationen über die CDU behilflich sein, diese Mittel richtig anzuwenden und gleich- zeitig müssen wir mit wachen Augen den Einsatz der Mittel beobach- ten und prüfen.

Ein entscheidendes Mittel, das dem Staat zur Verfügung steht, ist die Steuerpolitik. Der Staat darf nicht aus Strukturänderungen zusätzliche Einnahmen ziehen wollen, wenn er nicht Gefahr laufen will, die Grundlage seiner künftigen Einnahmen, nämlich eine gesunde Wirtschaft, selber zu zerstören. Gerade jüngste Beispiele haben gezeigt, wie unterkapitalisiert die deutsche Wirtschaft in weiten Bereichen ist. Die Kapitalbildung ist heute in einem Ausmaße zu einer Schicksalsfrage für die deutsche Wirtschaft ge- worden, wie sie die Politiker einfach noch nicht begriffen haben. Die CDU rechnet es sich mit Stolz an, daß sie das Problem der breitgestreuten Eigentumsbildung seit Jahren mit Nachdruck ver- folgt. Wir sollten uns aber klar machen, daß Vermögens- und Kapi- talbildung nicht nur eine Frage der Arbeitnehmer, sondern mehr

denn je auch für die unternehmerische Wirtschaft notwendig ist. Die Tatsache, daß im letzten Jahr fast die Hälfte unserer Vermögensneubildung auf das Konto des Staates ging, sollte uns zutiefst erschrecken. Hier muß die Steuer herumgeworfen werden. Die Steuerpolitik muß den zunehmenden Kapitalisierungsgrad berücksichtigen und den Nachhol- und Zukunftsbedarf auf dem Kapitalsektor beachten z.B. in der Frage der Abschreibungen.

Zur Frage der Kapitalerhaltung zählt im gleichen Ausmaß auch Entwicklung und Forschung. Sie wissen, was auf diesem Gebiet in den letzten Jahren versäumt worden ist. Das ist bald nicht mehr aufzuholen, und deshalb ist die steuerliche Abschreibungsmöglichkeit vor allem auch von Forschungskosten - wie in unseren Konkurrenzländern - eine nicht wegzudiskutierende Notwendigkeit.

Ein weiteres Mittel, das dem Staat zur Verfügung steht, ist die Gestaltung der Wettbewerbspolitik. Wir alle wissen, daß der Fortschritt durch äusseren Druck erzielt wird, der uns zu Entscheidungen zwingt, die auch Risiken beinhalten. Wir Unternehmer bejahen das Risiko und sind letztlich nur dadurch groß geworden. Deshalb ist auch das Kartell keine zukunftssträchtige Lösung. Jede Wettbewerbspolitik muß auf offene Märkte gerichtet sein, zu denen jeder Zutritt hat. Nur das Wirtschaftssystem, das sich aus sich selbst erneuern kann, hat auf die Dauer Bestand.

Hierzu gehört auch eine die unternehmerische Wirtschaft fördernde Kreditpolitik nicht nur des Staates, sondern auch der Banken. Eine gesunde Kreditpolitik kann letzten Endes nur mit Unterstützung der Banken und Kreditanstalten fruchtbar werden. Die Entstehungsgeschichte der großen Unternehmen zeigt immer die entscheidenden Funktionen des Bankiers, der seinen Kunden vertraute, seine unternehmerischen Fähigkeiten unterstützte und wenn nötig, auch einen Personalkredit ohne große Sicherheiten gab. Auch die Banken sind Unternehmer, die bereit sein müssen, ein Risiko zu tragen. Gerade in dieser Phase der deutschen Wirtschaft, in der es einerseits um Konsolidierung und andererseits um den Strukturwandel geht, haben die Banken eine eminent volkswirtschaftliche Aufgabe. Die große Verschuldung der deutschen Wirtschaft hat

- 5 -

gerade den Großbanken eine Schlüsselposition zugewiesen, die höchstes Verantwortungsbewußtsein erfordert. Das Gebot der Stunde scheint mir daher, daß die produktiven Kräfte der Wirtschaft in risikobereiten Banken den unternehmerischen Bundesgenossen sehen, mit dem sie zusammen den Gefahren einer sozialistisch dirigistischen Politik begegnen können.

Staatliche Kontrolle muß auf ein Minimum begrenzt sein. Die beste staatliche Kontrolle besteht darin, lediglich die Bedingungen der Publizität zu setzen, damit die öffentliche Meinung nicht der Staat kontrolliert. Ich glaube, daß wir in weiten Bereichen der Wirtschaft auf eine großzügige Publizität nicht verzichten können, wenn man Gerüchten oder aber Ansprüchen der Gewerkschaften auf die Dauer entgehen will. Ausserdem bin ich der Meinung, daß eine verstärkte Publizität auch den zunehmenden Auslandseinfluß in der deutschen Wirtschaft hemmen kann.

Wenn ich im Vorangegangenen einige Beispiele herausgegriffen habe, die in der wirtschaftspolitischen Debatte auf uns zukommen, so stehen sie nur stellvertretend für eine große Zahl von Problemen, die noch zu lösen sind.

Auch in der Aussenwirtschaftspolitik müssen wir der Bundesregierung klarmachen, daß die Belange der unternehmerischen Wirtschaft stärker als bisher berücksichtigt werden. Unsere Leute in Brüssel und Luxemburg haben leider viel zu wenig Rückhalt und Unterstützung von uns erhalten - im Unterschied zu ihren Kollegen aus anderen Ländern. Wir begrüßen es deshalb lebhaft, daß Wirtschaftsminister Schmücker ebenso wie seine Ministerkollegen aus den anderen Ländern die künftigen Verhandlungen aus gutfundierter Machtposition zu führen gedenkt. Auf die Dauer ist der weltoffene Markt für uns am besten. Hierzu wird uns Herr Bundesminister Schmücker noch näheres berichten.

Wenn wir dieses Gesamtziel der Stärkung der Leistungsfähigkeit unserer deutschen Wirtschaft erreichen wollen, wird uns dies nur gelingen, wenn die unternehmerische Wirtschaft auch politisch aktiv wird und mit Hilfe unseres Wirtschaftsrates an der Gestal-

tung der Wirtschaftspolitik mitarbeitet. Fraktion, Partei und Regierung muß die von gesamtwirtschaftlicher Verantwortung getragene Hilfestellung von uns gegeben werden. Das wird aber nur dann gelingen, wenn wir den Unionsgedanken dem Interessentengedanken voranstellen und damit der CDU Impulse geben, die sie als einzige wahrhaft alle Bevölkerungskreise umspannende Volkspartei festigen und erhalten wird.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch auf die praktische Verwirklichung zu sprechen kommen:

Schon lange hat die CDU den Beirat der Union, das ist der Wirtschaftsbeirat der CSU, vor Augen, der seit Jahren mit Erfolg dazu beigetragen hat, die Verbindung zwischen der Wirtschaft und der CSU, in besonderem der dieser Partei nahestehenden Kreise in der Wirtschaft, herzustellen. Die CDU hat bisher nichts Ähnliches vorzuweisen. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU ist ein Fachausschuß wie andere Fachausschüsse, z.B. der Sozialpolitische Ausschuß. Diese Fachausschüsse sind nicht nur von Vertretern der Wirtschaft, sondern auch von den anderen im gewerblichen Wirtschaftsleben engagierten Gruppen, z.B. der Arbeitnehmer, besetzt. Diese Ausschüsse haben lediglich parteiinterne Funktion und dürfen keine Erklärung ohne Genehmigung des Parteivorstandes abgeben.

Aus diesen Gründen kann deshalb der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Partei nicht der Sprecher der der CDU nahestehenden Wirtschaft sein.

Wir sind bei der Gründung des Wirtschaftsrats der CDU nicht den Weg einer parteiinternen Vereinigung gegangen, weil hier bereits im wirtschaftspolitischen Bereich der Bundesarbeitskreis Mittelstand besteht zur besonderen Wahrnehmung mittelständischer Interessen und wir ja hierzu kein Konkurrenzunternehmen, sondern eine Organisation für die gesamte der CDU nahestehende Wirtschaft einschließlich der mittelständischen, schaffen wollen. Daß diese Integration gelungen ist, mögen Sie daraus erkennen, daß der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Mittelstand der CDU/CSU,

- 7 -

Herr Minister Schmücker, Gründungsmitglied ist und sich bereit-
erklärt hat, in den Geschäftsführenden Vorstand des Wirtschafts-
rats der CDU einzutreten.

Wir haben vielmehr den Weg eines eingetragenen Vereins gewählt,
der die Möglichkeit eigener Verlautbarungen gibt. Im übrigen ist
genau so wie bei dem Wirtschaftsbeirat der CSU eine Mitgliedschaft
bei der CDU zwar erwünscht, aber nicht erforderlich.

Lassen Sie mich noch einmal kurz die Aufgaben des Wirtschaftsrats
der CDU in der praktischen Verwirklichung umreißen:

- 1) Der Wirtschaftsrat ist der Sprecher der der CDU nahestehenden
unternehmerischen Wirtschaft.
- 2) Der Wirtschaftsrat hat die notwendigen wirtschaftspolitischen
Maßnahmen so früh wie möglich vorzudenken und mit den Belangen
der Wirtschaft abzustimmen. Dabei werden die Mitglieder des
Wirtschaftsrats zu aktiver Mitarbeit aufgefordert.
- 3) Die gewonnenen Erkenntnisse und Unterlagen an die Fachausschüs-
se der Partei, an die von der CDU geführten Ministerien und an
den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zu geben. Die
Zusammenarbeit mit dem wirtschaftspolitischen Ausschuß der Par-
tei ist dadurch hergestellt, daß eine Reihe von Vorstandsmit-
gliedern dieses Ausschusses, darunter der Vorsitzende Herr
Minister a.D. Etzel, sich bereiterklärt haben, im Wirtschafts-
rat der CDU, u.U. in dessen Vorstand mitzuarbeiten.
- 4) Die als richtig erkannten und notwendigen Maßnahmen, die von der
Regierung oder den Gesetzesorganen durchgeführt werden, in der
unternehmerischen Wirtschaft zu vertreten.
- 5) In öffentlichen Diskussionen, z.B. auf Akademien der Kirchen
usw., den vom Wirtschaftsrat der CDU erarbeiteten Standpunkt
darzulegen und zu vertreten.
- 6) die politische Auffassung und die Arbeitsergebnisse des
Wirtschaftsrats mit den zur Verfügung stehenden Publikations-
mitteln in der geeigneten Form der Öffentlichkeit darzulegen.

Mit diesen Aufgaben werden wir Unternehmer unseren Teil dazu bei-
tragen, die Kontinuität von Partei und Regierung in unserem
Vaterland zu erhalten.